

# 70 Jahre Kampf für Sozialismus, Frieden und das Wohl des Volkes

## Zum 70. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands

### Teil 1: Von 1918 bis 1945, von Doz. Dr. sc. phil. Karlheinz Schaller, Sektion ML

Vor nunmehr 70 Jahren, am 30. Dezember 1918, beschlossen die Delegierten des Spartakusbundes im Festsaal des preußischen Abgeordnetenhauses in Berlin die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine andere linke Gruppe, die Internationalen Kommunisten Deutschlands, erklärten ihre Verschmelzung mit der neuen Partei. Die Konstituierung der KPD war eine Entscheidung von historischer Tragweite. Sie erwies sich, wie es in den Thesen des ZK der SED zum 70. Jahrestag der Gründung der KPD heißt, als ein „Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und für unser Volk“.

Mit der Parteigründung zogen die besten und weitblickendsten Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Konsequenz ihres Kampfes seit der Jahrhundertwende. Sie hatten am entschiedensten gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus gestritten und sich gegen das Vordringen des Opportunismus in der deutschen Sozialdemokratie gewandt. In den Jahren von 1914 bis 1918 erhoben sie allen Verfolgungen zum Trotz unter der Losung „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ das Banner gegen den imperialistischen Weltkrieg. In den Jahren 1917 und 1918 waren sie die ersten auf deutschem Boden, die sich klar zur Oktoberrevolution bekannnten und deren welthistorische Bedeutung erfaßten. So wurde das Gesicht der KPD von Anfang an dadurch geprägt, daß sie aus den Kämpfen um Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt zu Beginn unseres Jahrhunderts hervorging.

Die KPD entstand in harten Klassenkämpfen der Novemberrevolution. Die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen hatten im ersten revolutionären Ansturm bedeutende Ergebnisse erreicht.

Am 11. November wurde der Weltkrieg durch einen Waffenstillstand beendet. Der deutsche Kaiser und die Territorialfürsten mußten abdanken. Doch der Kampf um die Macht entbrannte erst. Die Konterrevolution von vormals kaiserlichen Generälen über bürgerliche Politiker bis hin zu rechten sozialdemokratischen Führern sammelte sich unter der Losung „Nationalversammlung“. Unter dem Druck der revolutionären Massen sollte das deutsche Kaiserreich in eine bürgerliche Republik verwandelt werden, um die Macht der deutschen Monopolbourgeoisie überhaupt retten zu können. In dieser Situation formulierte Rosa Luxemburg das Programm des Spartakusbundes, das am 14. Dezember 1918 veröffentlicht und schließlich zum Parteiprogramm der KPD wurde. Sie bekannte sich eindeutig zur Rätmacht als historisch neue Qualität der Demokratie: „Eine solche Ausprägung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie. Nicht von der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren; dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schiefen Faust ergreift, um sie, wie der Gott Thor seinen Hammer, den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern; dort allein ist die Demokratie; die kein Volksbetrug ist.“ Den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft betrachtete Rosa Luxemburg im Parteiprogramm als „die gewaltigste Aufgabe, die je einer Klasse und einer Revolution in der Weltgeschichte zugefallen ist“. Nur der Sozialismus könne „der geschundenen Menschheit Frieden, Freiheit, wahre Kultur bringen“. So besaß die deutsche Arbeiterklasse wieder eine revolutionäre Partei mit einer klaren marxistischen Grundorientierung.

Noch in der Endphase der Novemberrevolution hatte die KPD schwere Opfer zu bringen. Am 13. Januar 1919 wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet, Leo Jogiches, der herausragende organisatorische Aufbau des Spartakusbundes und der KPD gewirkt hatte, fiel am 10. März der Reaktion in die Hände und wurde am gleichen Tag im Münchener Untersuchungsgefängnis umgebracht. Der Führer der Münchener Räterepublik und standhafte Kommunist Eugen Leviné wurde erschossen. Die Liste der Opfer ist lang. Der brutale Terror der Konterrevolution kostete Tausende das Leben. Die Novemberrevolution erlitt eine Niederlage. Es gelang nicht, sie in eine sozialistische Revolution hinführen zu lassen. Doch ihr wichtigstes Ergebnis, die Gründung der KPD, hatte Bestand. Es gelang der Reaktion zu keinem Zeitpunkt mehr, die Partei zu vernichten. Sie repräsentierte die Zukunft auf deutschem Boden und wurde für die folgenden Jahrzehnte zur vorwärtswirkenden Kraft in der deutschen Geschichte.

In den Jahren der Weimarer Republik erwies sich die KPD als zuverlässiger Vortrupp der deutschen Arbeiterklasse, als Vorkämpferin der Werktätigen für sozialen Fortschritt, Demokratie und Frieden. Das knapp anderthalb Jahrzehnt war gekennzeichnet vom unerbittlichen Kampf der Kommunisten gegen die Vorstöße reaktionärer politischer Kräfte, wie z. B. 1920 gegen den Kapp-Putsch. Eine neue Stufe erlangte das Ringen der KPD für die Interessen des Volkes, als sich am 1. September 1925 eine marxistisch-leninistische Parteiführung mit Ernst Thälmann an der Spitze formierte. Die Partei führte den Kampf gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands, so 1928 gegen den Bau eines Panzerkreuzers. Sie ent-

warf Hitler vor. Es sind viele Beispiele bekannt, in denen Kommunisten und Sozialdemokraten auf regionaler Ebene gemeinsam gegen die Faschisten vorgingen. Doch die Führer der SPD steckten den Kopf in den Sand. Wer wie sie von 1930 bis 1932 die Notverordnungsregierung Brünings tolerierte, wer im Frühjahr 1932 dazu aufrief, Hindenburg zum Reichspräsidenten zu wählen, wer noch in letzter Minute am 30. Januar 1933 den Generalstreik ablehnte, bot, ob er wollte oder nicht, den aggressivsten Kräften des deutschen Finanzkapitals jene Handlungsspielräume, die sie brauchten, um die faschistische Diktatur zu etablieren und zu festigen. Eben diese Handlungen führten die KPD zeitweise zu der von Anfang

darauf abzielte, alle antifaschistischen Kräfte – ungeachtet ihrer sozialen Stellung, ihrer politischen Positionen oder ihrer Weltanschauung – zum gemeinsamen Kampf zu vereinen.

Anfang September 1939 entfiel der faschistische Deutsche Imperialismus mit dem Überfall auf Polen den zweiten Weltkrieg und dehnte 1940/41 die Aggression gegen viele europäische Länder aus. Die KPD verurteilte diese menschenfeindlichen Kriegssakte von Anfang an. Den Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 entlarvte sie als das schwerste Verbrechen am ersten sozialistischen Staat, an der Menschheit und am deutschen Volk selbst. Zahllose Dokumente spre-



Karl Liebknecht ruft die werktätigen Massen zum revolutionären Kampf.

wickelte konkrete Pläne zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. Entschieden trat die KPD für die Lösung des Wohnungsproblems ein. Sie stand an der Spitze des Kampfes für Lohnerhöhungen und gegen die sozialen Folgen der kapitalistischen Rationalisierung. Sie trat für Gleichberechtigung der Frauen ein, wachte sich insbesondere gegen den berüchtigten Abtreibungsparagraphen 218 und forderte gleiche Bildung für alle Kinder des Volkes.

In der Endphase der Weimarer Republik wuchs die faschistische Gefahr in Deutschland zusehends. Eine der übelsten Geschichtsbilder, die bis heute von bürgerlichen Historikern und von Massenmedien verbreitet werden, besteht darin, die deutschen Kommunisten hätten in den Jahren 1929 bis 1933 die Weimarer Republik bekämpft und nicht mit Sozialdemokraten gemeinsam gegen die faschistische Gefahr vorgehen wollen. Dadurch sei die KPD am Faschismus schuldig. Als Argument wird angeführt, die Kommunisten hätten sozialdemokratische Führer als Sozialfaschisten bezeichnet. Der Hauptzweck dieser Konstruktion ist offensichtlich: Vor allem sollen die aggressivsten Kräfte des deutschen Monopolkapitals von den faschistischen Verbrechen entlastet werden. Doch wie sahen die historischen Tatsachen aus? Die Flick, Krupp, Klöckner usw. steuerten den Faschisierungsprozess über zwei Mechanismen: Zum einen über die Präsidialdiktatur, durch die mit Hilfe von Notverordnungen wesentliche Instrumentarien der bürgerlichen Demokratie außer Kraft gesetzt wurden, zum anderen über die Unterstützung der Nazi-Partei. Beides ging Hand in Hand, und wer den Faschismus verhindern wollte, mußte diese Politik aktiv bekämpfen. So wandte sich die KPD u. v. a. gegen die Ausschaltung der gewählten Parlamente, gegen das undemokratische Regieren mit Notverordnungen und gegen die – unter direktem Bruch der Weimarer Verfassung erfolgte – Absetzung der sozialdemokratischen Regierung in Preußen. Damit verteidigte sie in der Weimarer Verfassung festgeschriebene Grundsätze bürgerlicher Demokratie. Die Angebote von Kommunisten an Sozialdemokraten zwischen 1929 und 1932, in diesem Kampf die Einheit der Arbeiterklasse zu schließen, sind ohne Zahl. Im Frühjahr 1932 z. B. entwickelte die KPD die antifaschistische Aktion. Die dazu erhalten gebliebenen Dokumente belegen unmißverständlich, daß die Partei mit allen Kräften zusammenarbeiten wollte, die zu Aktionen gegen den Faschismus bereit waren. Noch am 30. Januar 1933 wandte sich das ZK der KPD an den Vorstand der SPD und an die Gewerkschaften und schlug den Generalstreik zum

an falschen These, sozialdemokratische Führer seien Sozialfaschisten. Diese Auffassung wurde aber zu keinem Zeitpunkt auf die Mitglieder-massen der SPD angewandt. Die Sozialfaschismusthese beeinträchtigte die von den Kommunisten stets angestrebte Einheit der Arbeiterklasse, war aber nicht Ursache der Spaltung, sondern eine verfehlte und überspitzte Reaktion auf die selbstmörderische Politik rechter SPD-Führer dieser Zeit. Die KPD überwand diese Fehleinschätzung schrittweise und 1935 endgültig.

Die Errichtung der faschistischen Diktatur änderte die Situation für das deutsche Volk und auch für das Wirken der KPD einschneidend. Der Faschismus war die unverhüllte Diktatur der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des deutschen Monopolkapitals, die Kurs auf die Vorbereitung eines Krieges zur Eroberung der Weltherrschaft nahmen. Hemmungsloser Terror richtete sich gegen die Arbeiterbewegung, von Anfang an am brutalsten gegen die KPD, und gegen alle Antifaschisten sowie gegen die jüdischen Bürger. Die KPD trat unermüdet für den Zusammenschluß aller Hitlergegner ein, eine Politik, die sich auf der Brüsseler und der Berner Konferenz 1935 bzw. 1939 konsequent weiterentwickelte. Die KPD sah in der dauerhaften Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten den Hauptweg zur Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse und die wichtigste Voraussetzung zum Sturz Hitlers. Sie entwickelte die Politik zur Schaffung einer antifaschistischen Volkfront. Die

chen davon, wie die Partei warnte, der Krieg werde an seinen Ausgangspunkt zurückkehren, deutsche Städte und Dörfer in Trümmer legen und Millionen Deutsche das Leben kosten, wenn seine Urheber nicht von der Macht verdrängt würden. Im Kampf gegen den faschistischen Raubkrieg fanden sich in wachsendem Maße Kommunisten mit Sozialdemokraten, Gewerkschaften, Christen und Juden zusammen. Die antifaschistische Front zog sich durch alle Schichten des deutschen Volkes, war jedoch nicht stark genug, um aus eigener Kraft den Hitlerfaschismus zu beseitigen und den Krieg zu beenden. Als aktivste Kraft im antifaschistischen Widerstand mußte die KPD einen hohen Blutzoll entrichten. Zehntausende ihrer Mitglieder wurden ermordet, mehr als die Hälfte verhaftet und eingekerkert.

Doch der schwere Kampf war nicht umsonst. Es gelang den Faschisten nicht, die KPD zu zerschlagen. Als deshalb 1945 der Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten auch dem deutschen Volk die Befreiung vom Hitlerfaschismus brachte, war die KPD als erste deutsche Partei aktionsfähig. Gemeinsam mit Sozialdemokraten und allen anderen Antifaschisten ging sie daran, die Wurzeln des Faschismus für immer zu beseitigen und eine wahrhaft demokratische Gesellschaft zu errichten. Die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der KPD-Gründer bildeten reale Gestalt anzunehmen und fanden schließlich in der DDR ihre Verwirklichung.

## Teil 2: Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, von Prof. Dr. sc. phil. Hans Münch, Sektion ML

Nach dem Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in der Antihitlerkoalition 1945 über das faschistische Deutschland stand die kommunistische Partei vor der neuen, unsagbar schwierigen Aufgabe, das deutsche Volk aus der von faschistischen deutschen Imperialismus verschuldeten Katastrophe herauszuführen, heißt es in den Thesen des ZK der SED zum 70. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Die KPD wurde damit vor eine grundsätzlich neue Herausforderung gestellt: Sie mußte sich als „verantwortliche Aufbaupartei“ bewähren. Und sie bestand die Bewährungsprobe, weil sie sich von der einzig richtigen und notwendigen Gesellschaftskonzeption leiten ließ, die aus nationaler Verantwortung bereits vor dem zweiten Weltkrieg von ihr erarbeitet worden war: Auf der illegalen „Berliner Parteikonferenz“ der KPD Anfang 1939 wurde die Erkenntnis formuliert, daß die höchste nationale Tat im Sturz des Faschismus und der Errichtung einer neuen, antifaschistisch-demokratischen Republik bestehen müsse. Gestützt auf diese Konzeption einer neuen demokratischen Republik, die keine Wiederholung der Weimarer Republik sein dürfe, erwies sich die KPD 1945 als die erste aktionsfähige deutsche Partei. Gemeinsam mit der SPD und weiteren antifaschistisch-demokratischen Parteien, deren Tätigkeit von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) durch ihren Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 zugelassen wurde, sicherte die KPD den Neuaufbau nach den Interessen der progressiven, revolutionären Mehrheit des deutschen Volkes in ihrem Sinne wurde wahrhaft deutsche Politik, nicht „Politik fremder Mächte über Deutschland“ gemacht, wie es fortschrittsfeindliche Kräfte formulierten.

Das konsequent antifaschistisch-demokratische Aktionsprogramm der KPD vom 11. Juni 1945 basierte auf den Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandskampfes und des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. In Erkenntnis seiner Ursachen forderten die deutschen Kommunisten übereinstimmend mit der Antihitlerkoalition, „den Faschismus mit der Wurzel auszurotten, ihm seine materielle Basis durch Enteignung des Trustkapitals zu entziehen und demokratische Freiheiten und Rechte zu schaffen. In der neuen demokratischen Republik wird... nicht die Großbourgeoisie, gedeckt durch eine Koalition mit einer Arbeiterpartei ihre wirtschaftlichen und politischen Anschläge gegen das Volk richten können, sondern die Arbeiterklasse vereint mit den Bauern, den Mittelstand und der Intelligenz... wird das Schicksal des Landes bestimmen.“ (Resolution der Berner Konferenz der KPD 1939.)

Es ist ein in der Geschichte ungewöhnlicher Vorgang, daß ein gesellschaftlicher Entwicklungsprozess unter den Bedingungen größter imperialistischer Machtentfaltung mehr als ein Jahrzehnt vorhergesagt wird. Eine solche Gesellschaftsprognose zu geben war der KPD auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie und Weltanschauung möglich, die von großem Optimismus geprägt ist. So entspricht es den historischen Realitäten, daß die Deutsche Demokratische Republik – wenn auch nur in einem Teil des ehemaligen Deutschen Reiches – nach dem einzig möglichen Alternativkonzept zum menschenfeindlichen, antinationalen faschistischen Regime errichtet und errichtet wurde, 1945 war die KPD angetreten, „das ganze deutsche Volk auf den Weg des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zu führen, um die neue an-

geordnet. Die DDR verkörpert die sozialistische Staatsmacht, wie sie von der KPD seit ihrer Gründung angestrebt wurde.“

Am der Schwelle des Jahres 1989, in dem wir den 40. Jahrestag der Gründung der DDR begehen, kann auch eine Bilanz der 70jährigen Geschichte von KPD und SED gezogen werden. In unserer Republik wurde die sozialistische Revolution zum Siege geführt, die „Aktion der großen Millionenmasse des Volkes“, wie es im Programm der KPD von 1918/19 hieß. Die Menschen im sozialistischen deutschen Staat haben

gelernt, „Fleiß ohne Unternehmerrpeitsche, höchste Leistungen ohne kapitalistische Antriebskraft, Disziplin ohne Joch und Ordnung ohne Herrschaft der Ausbeuter zu beweisen. Zugleich gilt es unter heutigen Bedingungen und Anforderungen sozialistische Bürgerzutugenden noch mehr auszubilden, verstärkte Arbeitsethik, Leistungsbereitschaft und Schöpfergeist im Interesse aller zu entwickeln. Das ist ganz im Sinne auch des Grundsatzes aus dem Programm der KPD: „Ein menschenwürdiges Dasein jedem, der seine Pflicht gegenüber der Gesellschaft erfüllt.“ Menschenwürdiges Leben ist aber zuerst und immer Leben in Frieden. In der Friedensfrage stimmte die KPD seit ihrer Gründung mit den Bolschewiki, mit der Sowjetmacht überein. Deshalb waren auch viele bürgerliche und pazifistische Kräfte „diesen Russen so von Herzen gut“, wie Hermann Hesse 1917 schrieb. Diese Hochachtung für inzwischen zahlreiche Friedensinitiativen und Friedensstaaten der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft ist geblieben, hat sich bis heute vervielfacht. Diese Zustimmung ermutigt und bekräftigt auch unsere Partei, die SED, als Fortsetzerin der Traditionen der KPD im Kampf um den Frieden. So wie die KPD, hielt sich auch die SED von der Einheit von Sozialismus und Frieden leiten, die bereits im Gründungsprogramm von 1918 zum Ausdruck kam: Erst mit der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft und dank ihrer Lebenskraft „wird die Erde nicht mehr durch Menschen- und Völkermord geschändet“.



## NEU BEI DIETZ...NEU BEI DIETZ

Anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der KPD wurde das vorhandene Buchangebot des Verlages zu dieser Thematik u. a. durch folgende Arbeiten ergänzt:  
Robert Rosenreiter  
**Blaujackett im Novembersturm**  
**Rote Matrosen 1918/1919**  
Dietz Verlag Berlin 1988, 267 Seiten, 102 Abbildungen, Broschur, 0,80 Mark, Bestell-Nr. 730 426 7.

Oktober 1918 bis Mai 1919 – junge Revolutionäre im Marineblau an einem Knotenpunkt der Geschichte unseres Volkes im Kampf für ein friedliches und menschenwürdiges Dasein. Was bewog die in Kiel stationierten Matrosen der deutschen Hochseeflotte, sich am 3. November zum revolutionären Aufstand zu erheben? Wie lauteten ihre Forderungen und reagierten ihre Feinde? Welche Beziehungen bestanden zwischen den Roten Matrosen und prominenten deutschen Linken wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Wilhelm Pieck, Hermann Duncker, Emil Eichhorn und Ernst

Däumig? Welche Rolle spielten sie in den Klassenkämpfen in Berlin bis hin zur Gründung der KPD und bei der Verteidigung der Errungenschaften der Revolution gegen konterrevolutionäre Anschläge im Frühjahr 1919? Darauf und auf viele weitere Fragen findet der Leser in dieser populärwissenschaftlichen Publikation authentische Antwort. Es ist ein Buch, das wahrheitsgetreu – mit zahlreichen lokalgeschichtlichen und biographischen Details sowie vielen interessanten Illustrationen – informiert, heutigen Generationen die bewegenden Ereignisse und handelnden Personen anschaulich nahebringt, ihnen hilft, die geschichtliche Leistung der Roten Matrosen von 1918/19 zu ermessen, deren Vermächtnis in der DDR verwicklicht wurde.

**Manfred Beck**  
Jakob Drabkin  
**Die Aufrechten**  
Rosa Luxemburg, Clara Zetkin,  
Karl Liebknecht, Franz Mehring  
Aus dem Russischen.

Dietz Verlag Berlin 1988, 511 Seiten, 58 Abbildungen, Leinen, 17,50 Mark, Bestell-Nr. 758 416 0.

Der bekannte sowjetische Historiker J. C. Drabkin stellt in seiner neuesten Arbeit die Führer der deutschen Linken in ihrem Kampf für die Interessen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung vor. Er zeigt an ausgewählten Schnittpunkten ein Panorama der II. Internationale von 1896 bis 1914 sowie des Kampfes der deutschen Linken gegen den imperialistischen ersten Weltkrieg und für die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse. In populärwissenschaftlicher Weise verknüpft der Autor Entwicklungslinien, Ereignisgeschichten, biographische Episoden und Dokumente so, daß Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin als aufrechte Revolutionäre als ergänzte Vorkämpfer für Frieden und Sozialismus, als standhafte proletarische Internationalisten und als Gründer der KPD vor uns lebendig werden.